

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sondersitzung des Rates der Stadt
Lüdenscheid**

am 26.10.2016

im Ratssaal

Vorsitz des Rates:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker

Ratsherr Güner Cebir

Ratsherr Gordan Dudas MdL

Ratsherr Fabian Ferber

Ratsherr Dirk Franke

Ratsherr Lothar Hellwig

Ratsfrau Karin Hertes

Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi

Ratsherr Steffen Kriegel

Ratsfrau Sandra Manß

Ratsherr Bernd Schildknecht

Ratsfrau Nicole Schulte

Ratsherr Philipp Siewert

anwesend ab 18:40 Uhr

Ratsfrau Heide-Marie Skorupa

Erste Stellvertretende Bürgermeisterin

Verena Szermerski-Kasperek

Ratsherr Michael Thielicke

Ratsfrau Barbara Tünsmeyer

Ratsfrau Ramona Ullrich

Ratsherr Jens Voß

Ratsherr Sebastian Wagemeyer

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam

Ratsfrau Michaela Dötsch
Ratsfrau Ingrid Fischer
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Dr. Antje Heider
Ratsherr Rüdiger König
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsherr Michael Meyer
Ratsfrau Ursula Meyer
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde
Ratsfrau Britta Rogalske
Ratsherr Björn Schöttler
Ratsherr Hansjürgen Wakup
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsherr Otto Bodenheimer
Ratsfrau Kirsten Petereit
Ratsfrau Tanja Tschöke

anwesend ab 19:10 Uhr

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter
Ratsherr Michael Wülfrath

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Yasin Kut
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper

von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid:

Ratsherr Peter Oettinghaus

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Stephan Haase

Verwaltung:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Dr. Karl Heinz Blasweiler

Beigeordneter Thomas Ruschin

Herr Martin Bärwolf	
Herr Matthias Reuver	
Frau Petra Noack	
Herr Frank Kuscharmirtz	bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
Frau Martina Schmidtke	bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
Herr Franz Schulte-Huermann	bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
Herr Christian Vöcks	bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
Herr Hans-Jürgen Badziura	bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
Herr Winfried Lütke-Dartmann	bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
Frau Marit Schulte	bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
Frau Gudrun Abendroth	bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
Herr Andreas Beckmann	bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
Frau Yvonne Hayer	bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
Herr Lothar Matzner	bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
Herr Peter Treu	bis 20:50 Uhr
Herr André Westermann	bis 20:50 Uhr
Frau Christina Padovano, Personalrat	bis 20:50 Uhr
Herr Ralf Butschkat, Personalrat	bis 20:50 Uhr
Herr Gunnar Kolbe, Personalrat	bis 20:50 Uhr

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Jan Eggermann

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Timothy Kahler

Ratsfrau Elisabeth Siebensohn

von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid:

Ratsfrau Monika Oettinghaus

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:10 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Gefährdungsbeurteilung Feuer- und Rettungswache Vorlage: 204/2016

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler führt aus, dass wesentliche Bestandteile der Presseberichterstattung sowie weitere Inhalte auch dem Punkt „Finanzierung“ seiner Haushaltsrede entnommen werden könnten. Des Weiteren sei er Einladungen der Fraktionen SPD, CDU und Die Linke. gefolgt, um zu diesem Thema in den Sitzungen zu berichten. Der aktuelle Sachstand sei der vorliegenden Beschlussvorlage zu entnehmen. Er schlage daher vor, direkt in die Diskussion einzutreten.

Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Ratscherr Weiß teilt mit, dass er in seiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt Akteneinsicht zu diesem Punkt beantragt habe, die ihm auch gewährt worden sei. Die Akteneinsicht sei in der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen verankert und sei ein Instrument zur Kontrolle von Verwaltungshandeln durch den Rat. Die von ihm vorgenommene Einsichtnahme habe anstelle der erhofften Transparenz zu Misstrauen geführt, da bei vielen Unterlagen

(Protokollen, Aktenvermerken etc.) Schwärzungen vorgenommen und ganze Absätze oder Seiten durch die Verwaltung entfernt worden seien. Des Weiteren habe er keine Kopien während der Akteneinsicht erstellen dürfen, da dies laut Verwaltung gesetzlich so geregelt sei. Dabei gebe es ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Aachen, das besage, dass Kopien, wenn sie zur Aufklärung besonders komplexer und umfangreicher Vorgänge dienen würden, sachdienlich seien und somit erstellt werden dürften.

Beigeordneter Ruschin berichtet, dass er zur Vorbereitung der Akteneinsicht den Fachdienst Recht beauftragt habe, die Rahmenbedingungen hierfür zu skizzieren und die Akten entsprechend aufzubereiten. Die Akteneinsichtsrechte seien für bestimmte Personengruppen zugeschnitten und hätten ihre Grenzen. Gerade zu der Erstellung von Kopien gebe es unterschiedliche Auffassungen in den Kommentaren.

Ratscherr Thomas-Lienkämper kritisiert, dass das Thema zunächst im nicht öffentlichen Teil der Sitzung hätte behandelt werden sollen. Des Weiteren berichtet er von der Besichtigung der Fraktion Die Linke. der Feuer- und Rettungswache. Ein Neubau sei auch aufgrund des nun vorliegenden Gefährdungsgutachtens alternativlos. Die geschilderten Probleme seien nicht neu, sondern bestünden seit knapp 10 Jahren. Wie aus der vorgelegten Beschlussvorlage ersichtlich, sei die bauliche Situation an der Hauptwache bereits in 2013 seitens des Personalrates kritisiert worden. Aber erst Ende 2015 sei zur Klärung des Konfliktes ein

gutachterliches Verfahren zur Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung durch einen externen Gutachter vereinbart worden. Er frage sich, was in der Zwischenzeit passiert sei.

Beigeordneter Ruschin weist Ratscherrn Thomas-Lienkämper darauf hin, dass er der Fraktion Die Linke. einen gemeinsamen Besichtigungstermin der Feuer- und Rettungswache angeboten habe. Dieses sei seitens der Fraktion mit der Begründung abgelehnt worden, dass diese keine Schlagzeilen produzieren wolle. Im weiteren Verlauf habe sich die Fraktion Die Linke. dann ohne Vorankündigung bzw. vereinbarten Termin Zutritt zur Feuer- und Rettungswache verschafft. Da es sich bei der Feuer- und Rettungswache um eine nicht

öffentliche Einrichtung handele, hätte im Vorfeld ein Termin mit dem Bürgermeister oder ihm als zuständigen Beigeordneten vereinbart werden müssen.

Ratsherr Thomas-Lienkämper verweist unter anderem darauf, dass der mit dem Fachdienstleiter vereinbarte Termin seitens der Verwaltung abgesagt und der angebotene Alternativtermin von der Fraktion nicht hätte wahrnehmen werden können. Der Mitarbeiter vor Ort habe vor der Besichtigung der Feuer- und Rettungswache telefonische Rücksprache mit dem Leiter der Feuerwehr gehalten. Des Weiteren habe sich seine Fraktion vorrangig in der Fahrzeughalle aufgehalten und sei, als es zum Einsatz gekommen sei, gegangen.

Beigeordneter Ruschin stellt klar, dass die Fraktion Die Linke, auch Mitarbeiter/-innen der Feuer- und Rettungswache hätte befragen wollen. Dies ginge über einen Besichtigungstermin hinaus und könne von der Verwaltung nicht befürwortet werden.

Der zwischen Ratsherrn Thomas-Lienkämper und ihm vereinbarte Termin sei dann in einem Telefonat Anfang dieser Woche von Ratsherrn Thomas-Lienkämper abgesagt worden, da die Besichtigung bereits stattgefunden habe.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler führt unter anderem aus, dass bei Veränderungen durchaus auch längerfristige Übergangsregelungen bei bestehenden Einrichtungen greifen würden. Als Beispiel bezieht er sich auf eine Information der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung zur Sicherheit in Feuerwehrhäusern, die sich unter anderem auch mit Durchfahrtsbreiten beschäftigen würde.

In dem entsprechenden Gutachten sei dieser Punkt ebenfalls rot gekennzeichnet; es würde aber unterschieden zwischen dem Fall eines Neu- oder Erweiterungsbaus und eines bestehenden Feuerwehrhauses. Bei bestehenden Feuerwehrhäusern, bei denen es nicht möglich sei, die vorgeschriebenen Sicherheitsabstände durch Umbau zu erreichen, seien die einengenden Gebäudeteile durch einen gelb-schwarzen Warnanstrich zu kennzeichnen. Dies bedeute, dass in dem nun vorliegenden Gutachten Mängel rot gekennzeichnet bzw. auch kritisiert würden, die in einem Neubau nicht vorkommen dürften, bei bereits bestehenden Gebäuden zumindest aber für eine längere Übergangszeit akzeptiert würden. Mittlerweile hätten die Mängel ein solches Ausmaß erreicht, dass ein Neubau aus verwaltungsinterner Sicht notwendig würde. Ebenfalls wäre nach einer lang andauernden Diskussion mit dem Personalrat eine einvernehmliche Lösung gefunden worden.

Ratsherr Schöttler bezieht sich auf die Akteneinsicht des Zweiten Stellvertretenden Bürgermeisters Ratsherrn Weiß und teilt mit, dass bereits im Januar 2013 eine Ortsbegehung der Feuer- und Rettungswache von der hierfür eingerichteten Arbeitsgruppe stattgefunden habe. Zu diesem Zeitpunkt habe die Arbeitsgruppe bereits das Fazit getroffen, dass die bestehenden baulichen Mängel nicht mehr im vorhanden Baukörper behoben werden könnten. Wenn bereits in 2013 ein Gutachten erstellt worden wäre, sei dieses zu keinem anderen Ergebnis als das nun Erstellte gekommen. Er erkenne hier eine gewisse Verzögerungstaktik. Aufgrund der baulichen Mängel hätte man sich hier schon im Jahr 2013 haushaltsrechtliche Gedanken machen müssen. Es bestünde die Verpflichtung, für unterlassene Instandhaltungen Rückstellungen zu bilden. Zumindest hätte eine außerplanmäßige Abschreibung erfolgen müssen. Beides hätte zum damaligen Zeitpunkt allen Ratsmitgliedern die notwendige Transparenz gegeben, um diesen Sachverhalt beurteilen zu können. Im Jahr 2014 sei dann das IHK Altstadt eingebracht worden, dass zu erheblichen finanziellen Konsequenzen geführt hätte. Er gebe zu bedenken, dass das IHK bei Bekanntgabe der Mängel der Feuer- und Rettungswache unter Umständen anders diskutiert worden wäre. Der Zweite Stellvertretende

Bürgermeister Ratsherr Weiß habe von einem internen Aktenvermerk aus dem Jahr 2015 berichtet, aus dem hervorginge, dass ein Neubau der Feuer- und Rettungswache nicht finanzierbar sei. In der Haushaltsrede für das Jahr 2017 habe der Erste Beigeordnete und Stadtkämmerer ausgeführt, wie ein Neubau der Feuer- und Rettungswache finanzierbar sei.

In diesem Zusammenhang sehe er für sich und bei weiteren Mitgliedern der CDU-Fraktion einen gewissen Vertrauensverlust. Er erwarte bei solchen Summen eine erhöhte Transparenz und erhoffe sich für die Zukunft eine bessere Zusammenarbeit. Er gebe weiterhin zu bedenken, dass die Zuschüsse zum Beispiel für den Neubau der Musikschule gedeckelt seien. Mehrkosten würden daher zu 100 % zu Lasten des Haushaltes der Stadt Lüdenscheid gehen.
Ferner frage er sich, ob auch bei weiteren städtischen Gebäuden ähnliche Probleme vor-liegen würden.

Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Ratscherr Weiß führt unter anderem aus, dass bei einer früheren Information des Rates über den Umfang der Mängel der Feuer- und Rettungswache, dieser sicherlich bereit gewesen wäre schon eher im Sinne der Feuerwehr-frauen und -männer zu handeln.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler geht auf die Vorwürfe von Ratscherr Schöttler hinsichtlich der unterbliebenen Rückstellung für unterlassene Instandhaltung ein. Mängel im Sinne von zu behebbenden Baumängeln seien lt. Protokoll bei der Ortsbegehung der Feuer- und Rettungswache vom 17.01.2013 kaum festgestellt worden. In dem Protokoll sei festgehalten worden, dass das Grundproblem die Bausubstanz teilweise aus den 60er Jahren sei, deren Grundrisse nicht mehr den aktuellen Begebenheiten und Anforderungen entsprächen. An dem Gebäude seien weder erforderliche Instandhaltungs- noch Unter-haltungsmaßnahmen unterlassen worden.
Des Weiteren führt er aus, dass zur Findung der Übergangslösung Gespräche mit dem Personalrat geführt würden, um für diese Zeit das bestmögliche für die Mitarbeiter/-innen der Feuerwehr zu erreichen.

Bürgermeister Dzewas führt ergänzend aus, dass ein nicht unerheblicher Betrag für die Übergangszeit in den Haushalt 2017 eingestellt worden sei.
Darüber hinaus würde der Bau- und Verkehrsausschuss als zuständiger Fachausschuss an der Baumaßnahme beteiligt. Aus dem Ausschuss sei seiner Erkenntnis nach noch nie ein Mangel an Transparenz geäußert worden was die Beteiligung an Baumaßnahmen angehe.

Ratscherr Oettinghaus kritisiert unter anderem, dass für die Übergangslösung 470.000 Euro in den Haushalt 2017 eingestellt würden, ohne die konkreten Maßnahmen zu benennen.
Hier bäte er um Information des Rates, wenn die entsprechenden Maßnahmen feststehen würden.

Ratscherr Holzrichter hält es für wichtig, dass jetzt das Konzept für den Neubau, in dem es um den grundsätzlichen organisatorischen Aufbau ginge, erstellt würde. Zunächst müssten mit dem Märkischen Kreis Gespräche geführt werden, ob es zukünftig eine gemeinsame Feuer- und Rettungswache gebe und wie dieser sich die Organisation des Rettungsdienstes vorstelle. Unklar sei, ob auch weiterhin die Kreisleitstelle Mieterin sein würde.
Erst im Anschluss stünde fest, welche Größenordnung der Neubau haben müsste.
Anschließend müsste ein entsprechendes Grundstück gefunden und mit den komplexen Bauplanungen begonnen werden. Bei dem Zeitplan für die Umsetzung sollten einerseits nicht aufgrund von Hektik Fehler entstehen, andererseits sollte die Umsetzung aber auch nicht künstlich bis ins Jahr 2022 hinausgezögert werden.
Er vermisse in der bisherigen Diskussion, dass der Rat hinter der Feuerwehr stünde und wisse, wie wichtig dessen Arbeit sei.
Abschließend wolle er noch klarstellen, dass – trotz aller Skandalisierung - keine Gefährdung für die Bevölkerung bestünde, da es sich hauptsächlich um Maßnahmen im Arbeitsschutzbereich handele.

Ratsherr Fröhling teilt unter anderem mit, dass ein Neubau auch aus Sicht der CDU-Fraktion unausweichlich sei und die Mängel im Bestand für die Übergangszeit so gut wie möglich behoben werden müssten. Feuerwehrthemen seien eigentlich immer einstimmig im Rat beschlossen worden und daran würde sich auch in Zukunft nichts ändern.

Es ginge der CDU-Fraktion um das bisherige Verfahren. Die Fraktion fühle sich durch die Verwaltung nur unzureichend informiert. Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler habe bei der Beschlussfassung des Rates zum IHK Altstadt inklusive Musikschulneubau auf die haushaltstechnischen Risiken hingewiesen.

Einige Monate später sei dann die Information erfolgt, dass ein Neubau der Feuer- und Rettungswache notwendig werde. Bei einer frühzeitigeren Information hätte der Rat sicherlich andere Entscheidungen getroffen.

Des Weiteren kritisiert er, dass seit über drei Jahren keine konkreten Maßnahmen getroffen worden seien.

Die CDU-Fraktion würde die Verwaltung auffordern, bis Anfang 2017 einen abgestimmten Zeitplan mit konkreter Vorgehensweise und einer detaillierten Kostenschätzung vorzulegen. Ebenfalls sollten im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2017 zu den eingestellten Mitteln in Höhe von 470.000 Euro für die Übergangslösung konkrete Maßnahmen mit detaillierten Preisen benannt werden. Ansonsten sehe er sich außerstande, über diese Position abzustimmen.

Beigeordneter Ruschin weist darauf hin, dass die Feuerwehr über eine gute Ausstattung verfüge und alle Gefahrenlagen immer hervorragend gemeistert habe. Die Funktionsfähigkeit der Feuerwehr sei zu keinem Zeitpunkt eingeschränkt gewesen. Des Weiteren wolle er darauf hinweisen, dass arbeitsorganisatorische notwendige Maßnahmen durch den Baukörper limitiert seien. Zum Beispiel sei die Absauganlage für die Dieselemissionen außer Betrieb, da bei einer Begehung festgestellt worden sei, dass die Schläuche aufgrund der Enge in der Halle eine Stolpergefahr darstellen würden.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler führt unter anderem aus, dass am 21.09.2016 eine Projektgruppe eingerichtet worden sei, die sich insbesondere um eine schnelle Übergangslösung kümmern würde. Als Leiter dieser Projektgruppe könne er sagen, dass die von der CDU-Fraktion geforderte Kostenschätzung für das gesamte Neubauprojekt im 1. Quartal 2017 illusorisch sei. Die erforderlichen Vorgespräche, auch mit dem Märkischen Kreis, seien bis zu diesem Zeitpunkt nicht abgeschlossen.

Darüber hinaus wolle er darauf hinweisen, dass es sich bei den genannten Mitteln für die Übergangslösung in Höhe von 470.000 Euro um eine grobe Schätzung handle.

Gegebenenfalls müssten hierfür noch weitere Mittel für das Haushaltsjahr 2017 eingestellt werden.

Des Weiteren sei seit Jahren bekannt, dass es diese Probleme bei der Feuer- und Rettungswache gebe. Unter anderem habe es hierzu sogar Artikel in der lokalen Tageszeitung gegeben. Nachfragen aus der Politik zu diesem Thema seien in der ganzen Zeit nicht erfolgt.

In den Jahren 2013/2014 sei eine neue DIN-Norm herausgegeben worden, die sich mit dem Bau von Feuergerätekäusern beschäftige. Ebenfalls habe es Neuregelungen bezüglich der Dieselemissionen gegeben, die vom Personalrat aufgegriffen und diskutiert worden seien. Abschließend spricht er sich dafür aus, gemeinsam eine zügige und qualitativ gute Lösung für die Feuerwehrkameradinnen und -kameraden zu finden.

Bürgermeister Dzewas teilt auf Nachfrage von Ratsherrn Fröhling mit, dass auch keine grobe Kostenschätzung erstellt werden könne, solange die Größenordnung des Neubaus und die Struktur der Feuerwehr nicht bekannt seien.

Nach weiterer zum Teil kontroverser Diskussion hinsichtlich der Verantwortlichkeiten innerhalb der Verwaltung für die aus Sicht der Fraktionen CDU, Die Linke. und AfL unzureichende beziehungsweise zu späte Information des Rates zu dem erforderlichen Neubau nimmt der Rat der Stadt Lüdenscheid den Bericht zur Kenntnis.

3. Neubau der Musikschule im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes Altstadt (IHK) Vorlage: 189/2016

Bürgermeister Dzewas unterbricht um 20:05 Uhr die Sitzung um den Herren Denecke, Gade, Czech und Jäger die Möglichkeit zu geben, das Wort zu ergreifen.

Herr Denecke berichtet, dass mittlerweile 70 Unternehmer, Einzelhändler, Gastronomen, und Dienstleister seit circa sieben Monaten ehrenamtlich an Konzepten zur Attraktivitätssteigerung der Lüdenscheider Innenstadt arbeiten würden. Hierzu seien fünf verschiedene Arbeitsgruppen zu den Bereichen Einkaufen und Dienstleistung, Architektur und Wohnen, Veranstaltungen, Gastronomie und Kultur sowie ein Lenkungskreis gebildet worden. Alle Beteiligten hätten sich intensiv mit dem IHK-Altstadt auseinandergesetzt und wollten dafür werben, dass der Rat der Stadt Lüdenscheid für das IHK-Altstadt stimme. Zur Vorgeschichte führt er aus, dass man sich bereits im Jahr 2015 mit Projekten der Wilhelmstraße und der Altstadt beschäftigt habe. Im Rahmen eines gemeinsamen Meetings zum Thema IHK-Altstadt mit den Verantwortlichen aus der Verwaltung im März 2015 sei die Idee entstanden, dass Lüdenscheid eine Vision brauche. Hier sei dann auch die Idee der Initiative „Lüdenscheid 2020“ entstanden. Am 12.04.2016 hätten dann mehrere Beteiligte zu einer kick-off-Veranstaltung in die Stadtbücherei eingeladen, um gemeinsam über Ideen und Strukturen zu sprechen. An dieser ersten Veranstaltung hätten bereits 45 Unternehmen teilgenommen und die Initiative „Lüdenscheid 2020“ sei offiziell gegründet worden. Die Initiative wolle die Attraktivität von Lüdenscheid steigern und gegen die Verödung der Innenstadt vorgehen. Das IHK-Altstadt müsse aus ihrer Sicht zwingend umgesetzt werden.

Herr Gade teilt mit, dass er für den Bereich „Kultur“ zuständig sei.

Es hätte Zeiten gegeben, in denen die Stadt Lüdenscheid durch die LichtRouten weltmarktführend gewesen sei. Die Chance, diese herausragende kulturelle Stellung einzunehmen, habe die Stadt aus unterschiedlichen Gründen vertan. Als Beispiel könne die Verschiebung der LichtRouten von 2016 auf 2018 genannt werden.

Wenn Lüdenscheid weiterhin attraktiv bleiben solle, müsse das IHK-Altstadt umgesetzt werden.

Des Weiteren führt er aus, dass allein die Erstellung des Buches „IHK-Altstadt“ 80.000 Euro gekostet habe und zitiert aus dem Vorwort des Bürgermeisters.

Manchmal entstünde der Eindruck, dass Politik und Verwaltung wenig Begeisterung für die Entwicklung ihrer Stadt zeigen würde. Aber eine Stadt, die nur verwaltet würde, könne keine Zukunft gestalten. Eine Stadt bräuchte Begeisterung und Phantasie. Er appelliere daher an den Rat, die Alt- und Oberstadt als lebens- und lebenswerte Orte zu gestalten.

Herr Czech stellt sich kurz persönlich vor. Er lebe in Lüdenscheid, weil er glaube, dass diese Stadt Potential habe. Durch Infragestellung des IHK-Altstadt, in das er viele Stunden investiert habe, verliere aber auch er langsam das Vertrauen in die Zukunft.

Seit einigen Jahren würde er rund 300 Stunden pro Jahr ehrenamtlich für Vereine, Kindergärten usw. arbeiten. Hiermit würde er bei einer Ablehnung des IHK-Altstadt aufhören.

Viele Freunde und Mitarbeiter hätten Lüdenscheid verlassen, weil sie der Auffassung seien, dass in Lüdenscheid „nichts los“ wäre. Deswegen appelliere er an den Rat, die Stadt Lüdenscheid insbesondere für junge Menschen und Familien attraktiv zu gestalten. Hierbei ginge es nicht nur um gute Arbeitsplätze, sondern auch um die abendliche Freizeitgestaltung. Dieses sei eines der Hauptziele der „Vision 2020“.

Herr Jaeger, Strodel + Jäger, führt aus, dass die Umsetzung des IHK-Altstadt für die Zukunft der Stadt Lüdenscheid wichtig sei. Es gestalte sich als immer schwieriger, auswärtige Kunden nach Lüdenscheid zu ziehen. Er erhoffe sich, dass die Entwicklung in der Stadt, die jetzt über die Visionäre mit angeschoben werde, dazu beitrage, dass sich Lüdenscheid wieder positiver entwickelte.

Bürgermeister Dzewas hebt um 20:20 Uhr die Sitzungsunterbrechung auf.

Fachbereichsleiter Bärwolf trägt zunächst Einzelheiten der Beschlussvorlage vor. Aus wirtschaftlicher Sicht spräche sehr viel dafür, an dem IHK-Altstadt inklusive des Neubaus der Musikschule festzuhalten. Heute sei ein Schreiben der Bezirksregierung Arnberg eingegangen, aus dem hervorginge, dass eine Zustimmung ihrerseits zum IHK unter der Bedingung erfolgen werde, dass eine plausible Gesamtbedarfsbegründung für die Fördernotwendigkeit nachgereicht werde. Diese betreffe alle Kultur- und Bildungseinrichtungen mit Ausnahme des Kulturhauses, dessen energetische Sanierung nicht förderfähig sei, da es als Betrieb gewerblicher Art geführt werde. Zur Sicherstellung der Umsetzung des IHK-Altstadt in der beschlossenen Form halte er die Zustimmung zum Neubau der Musikschule für unumgänglich.

Herr Kuscharmirtz, Zentrale Gebäudewirtschaft, teilt mit, dass mit den zwei Gewinnern des Architekturwettbewerbes weitere Gespräche bezüglich der baulichen und finanziellen Aspekte geführt würden. Nach Ermittlung der Baukosten durch die Architekten müssten gegebenenfalls noch weitere Verhandlungen geführt werden, damit der Budgetrahmen eingehalten würde.

Ratsherr Voß erklärt, dass die SPD-Fraktion hinter dem IHK-Altstadt inklusive des Neubaus der Musikschule in der bereits beschlossenen Form stünde.

Die CDU-Fraktion habe laut Ratsherrn Fröhling in den letzten Monaten mehrfach den Neubau der Musikschule in Frage gestellt. Das IHK-Altstadt werde ansonsten von seiner Fraktion mitgetragen. Aufgrund des nun erforderlichen Neubaus der Feuer- und Rettungswache habe man sich die Frage gestellt, ob unter den geänderten Voraussetzungen ein Neubau der Musikschule finanzierbar sei. Aufgrund der Ausführungen der Verwaltung werde die Mehrheit der CDU-Fraktion in der heutigen Abstimmung dem Neubau zustimmen. Es werde aber auch einige Gegenstimmen aus der Fraktion geben.

Ratsherr Weiß stellt dar, dass er als Vorsitzender des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt das IHK immer befürwortet habe. Er bäte daher um Zustimmung für den Neubau der Musikschule.

Ratsherr Holzrichter führt unter anderem aus, dass die FDP-Fraktion aufgrund der schlechten Haushaltslage von Anfang an gegen das IHK-Altstadt gestimmt habe. Seiner Auffassung nach sollte heute nicht nur über den Neubau der Musikschule, sondern über die Umsetzung des IHK-Altstadt abgestimmt werden. Die FDP-Fraktion beantrage daher, den Beschlussvorschlag so zu fassen, dass eine Entscheidung über die Umsetzung des IHK-Altstadt, die den Neubau der Musikschule beinhalte, getroffen werde.

Ratsherr Thomas-Lienkämper teilt mit, dass die Fraktion Die Linke dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde laut Ratsherrn Bodenheimer für den Neubau der Musikschule stimmen.

Ratsherr Fröhling teilt mit, dass er keine Notwendigkeit für den Antrag der FDP-Fraktion sehe. Der Beschluss sollte in der vorliegenden Form beschlossen werden.

Bürgermeister Dzewas lässt anschließend über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid lehnt den Antrag mit Stimmenmehrheit ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	29

Ratsherr Haase ist bei der Abstimmung abwesend.

Im Anschluss fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Neubau der Musikschule im Rahmen des IHK-Altstadt weiter zu betreiben und das Wettbewerbsergebnis des Architekturwettbewerbes zum Neubau der Musikschule umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	38
Nein-Stimmen:	6

Ratsherr Haase ist bei der Abstimmung abwesend.

4. Regionale Strategie Südwestfalen 2030 hier: Bewerbung Südwestfalens um die Ausrichtung der REGIONALE 2022 oder 2025 Vorlage: 200/2016

Nach Vortrag durch Bürgermeister Dzewas, in dem er unter anderem um die Zustimmung für diese Bewerbung wirbt, teilt Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler mit, dass auch er die Bewerbung ausdrücklich befürworte. Die nordrhein-westfälische Landesregierung möge sich aber überlegen, ob es zweckmäßig sei, so viele Gelder in diese

Projekte, insbesondere in wenig sinnvollere Teilprojekte, zu investieren, wenn an anderer Stelle dringend erforderliche Infrastrukturmaßnahmen, wie zum Beispiel den Neubau einer Feuer- und Rettungswache, nicht unterstützt würden.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Der regionalen Strategie im Rahmen der gemeinsamen Bewerbung der fünf südwest-fälischen Kreise (Hochsauerlandkreis, Märkischer Kreis, Kreis Olpe, Kreis Siegen-Wittgenstein und Kreis Soest) in Kooperation mit der Wirtschaft um die Ausrichtung der REGIONALE 2022 oder 2025 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

5. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

5.1. Bekanntgaben

5.1.1. Förderanträge für das Landesprogramm "Zuweisung für Investitionen an Gemeinden zur Förderung von Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf"

Bürgermeister Dzewas gibt bekannt, dass die Stadt Lüdenscheid insgesamt vier Förderanträge zu dem Landesprogramm „Zuweisung für Investitionen an Gemeinden zur Förderung von Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf“ mit einem Gesamtvolumen von rund 300.000 Euro stellen werde. Hierbei handele es sich um die Maßnahmen „Spiel und Bolzplatz Kluse“, „Spielfläche AWO Familienzentrum Bunte Kluse“, „Schulhof Tinsberger Schule“ und „Schulhof Westschule“.

5.2. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

5.3. Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

gez. Dieter Dzewas

Vorsitzender

gez. Kerstin Marré

Schriftführerin